S 40 VG 139/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 13 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 40 VG 139/01 Datum 17.06.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 VG 32/02 Datum 28.10.2003

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 17. Juni 2002 geändert. Es wird aufgehoben, soweit der Beklagte ver- urteilt worden ist, dem Kläger eine MdE von 50 v.H. zuzuerkennen und ihm entsprechende VersorgungsbezÃ⅓ge zu leisten. Die Klage gegen den Bescheid vom 9. Mai 2003 wird abgewiesen. Der Beklagte hat dem Kläger die auÃ□ergerichtlichen Kosten des Rechts- streits zur Hälfte zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die Höhe einer Versorgungsrente.

Der 1963 geborene Kläger wurde am 30. Juni 1997 in S (Mecklenburg-Vorpommern) Opfer einer rassistisch motivierten Gewalttat im Sinne des § 1 Opferentschädigungsgesetz -OEG-.

Auf den am 21. Juli 1997 gestellten Antrag, ihm Versorgung nach dem OEG zu gewähren, veranlasste der Beklagte u.a. eine Untersuchung des Klägers durch die Ã□rztin für Psychiatrie und Neurologie H. Diese empfahl in ihrem Gutachten vom 13. Juni 2000 die Anerkennung von Hirnleistungsstörungen nach Schädel-

Hirn-Trauma und einer posttraumatischen Belastungsst \tilde{A} ¶rung mit depressiver Symptomatik als Sch \tilde{A} ¤digungsfolgen. Die jeweilige Minderung der Erwerbsf \tilde{A} ¤higkeit -MdE- betrage 30 v.H. Da sich die seelischen Auswirkungen beider Komplexe teilweise \tilde{A} ½berschnitten, sei die Gesamt-MdE mit 40 v.H. zu bewerten.

durch einen Bericht der Sehschule der Augenklinik und Poliklinik des Uklinikums BFvom 1.Oktober 1997, die die AugenĤrztin Dr. H den Auswirkungen der Gewalttat zuschrieb (Befundbericht vom 5. Oktober 1998), erfolgte am 9. Januar 2001 eine augenÃxrztliche Untersuchung durch die AugenÃxrztin W. Sie stellte eine Doppelbildwahrnehmung beim Blick nach unten fest. Diese Problematik sei ohne Zweifel als Verletzungsfolge zu werten. Die MdE hierfA¹/₄r betrage 10 v.H., die Gesamt-MdE schÄxtze sie mit 50 v.H. ein. In seiner undatierten augenÄxrztlichen Stellungnahme, beruhend auf dem Auftrag des Beklagten vom 28. Januar 2001, wies der Augenarzt Dr. M u.a. darauf hin, dass die MotilitAxt der Augen anlAxsslich der konsiliarischen Untersuchungen des Klägers im Krankenhaus G am 1. und am 7. Juli 1997 intakt gewesen sei. Es seien keine Doppelbilder und keine Augenmuskelparesen festgestellt worden. Er habe nach den vorliegenden medizinischen Unterlagen Zweifel, dass die Gewalttat vom 30. Juni 1997 zu AugenmuskellĤhmungen geführt habe, die Ursache der Doppelbildwahrnehmungen seien. Er halte die angegebenen Doppelbilder für nicht wahrscheinlich schĤdigungsbedingt.

Durch Bescheid vom 23. Juli 2001 erkannte der Beklagte als Folgen einer Schā¤digung im Sinne des <u>â§ 1 OEG</u> die Gesundheitsstā¶rungen Hirnleistungsstā¶rungen nach Schā¤del-Hirn-Trauma II. Grades, posttraumatische Belastungsstā¶rung mit depressiver- und Angstsymptomatik an und stellte mit Wirkung ab 1. Juni 1997 einen Anspruch auf Zahlung von Versorgungsbezā½gen nach einer MdE von 40 v.H. fest. Die Anerkennung weiterer Gesundheitsstā¶rungen schloss er aus.

Im Widerspruchsbescheid vom 9. Oktober 2001 fýhrte der Beklagte dann u.a. aus, die vom Kläger geltend gemachte Sehstörung könne nicht mit der im Versorgungsrecht geforderten Wahrscheinlichkeit ursächlich auf die Schädigung am 30. Juni 1997 zurýckgeführt werden. Einer Wahrnehmung von Doppelbildern liege nach medizinischer Lehrmeinung eine Lähmung eines oder mehrerer Augenmuskeln zugrunde. In den beigezogenen Befundunterlagen habe sich jedoch kein Nachweis fþr eine Lähmung der entsprechenden Augenmuskeln finden lassen. Auch sei diese durch die beschriebenen Frakturen nicht wahrscheinlich.

Das hiergegen vom Kläger angerufene Sozialgericht entschied nach Einholung eines Befundberichtes der Augenärztin Dr. H vom 31. Januar 2002 durch Urteil vom 17. Juni 2002, dass bei dem Kläger als weitere Schädigungsfolge "Doppelbildwahrnehmungen beim Blick nach unten" anzuerkennen sei und dass ihm Versorgungsbezýge nach einer MdE von 50 v.H. zuständen. Das Gericht gab den Feststellungen der Augenärztin W in ihrem Gutachten vom 9. Januar 2001 zur Doppelbildproblematik den Vorzug gegenýber der undatierten Stellungnahme des

Dr. M. Der Ã□rztin W sei auch hinsichtlich der Bildung der Gesamt-MdE zu folgen.

Gegen das am 15. August 2002 zugestellte Urteil richtet sich die Berufung des Beklagten vom 29. August 2002, der nur â∏ noch â∏ die Bildung der Gesamt-MdE mit 50 rügt. Die Doppelbildwahrnehmungen führten als zusätzliche leichte Gesundheitsstörung nicht zu einer Erhöhung der MdE.

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 17. Juni 2002 zu Ĥndern und die Klage insoweit abzuweisen, als eine hĶhere Gesamt-MdE als 40 v.H. begehrt werde.

Der KlĤger beantragt,

die Berufung zurückzuweisen und den Bescheid vom 9. Mai 2003 insoweit zu ändern, als darin die MdE mit 40 v.H. festgestellt worden ist.

Er hÃxlt das angefochtene Urteil fÃ1/4r zutreffend.

Der Senat hat im Zuge weiterer medizinischer Ermittlungen das augenĤrztliche Gutachten des Prof. Dr. B â\limin Zusammenarbeit mit der AssistenzĤrztin S â\limin vom 27. Februar 2003 eingeholt. Dieser hat festgestellt, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit u.a. ein auf das Ereignis vom 30. Juni 1997 zurĽckzufļhrendes Doppelbildsehen nach oben und unten vorliege. Die MdE betrage 10 v.H. und wirke sich erhĶhend auf die Gesamt-MdE aus, weil sie unabhĤngig von den bereits anerkannten SchĤdigungen zu betrachten sei.

Durch den Bescheid vom 9. Mai 2003 hat der Beklagte "Doppelbildwahrnehmungen nach Augenmuskelverletzung" als weitere SchĤdigungsfolge anerkannt und festgestellt, dass die Gesamt-MdE weiterhin 40 v.H. betrage.

Der KlĤger, der auf einer MdE von 50 v.H. besteht, sieht den Rechtsstreit durch den Bescheid vom 9. Mai 2003 nicht als erledigt an.

Wegen der weiteren Ausführungen der Beteiligten wird auf deren Schriftsätze Bezug genommen. Verwiesen wird auÃ□erdem auf den sonstigen Inhalt der Gerichtsakte und auf die Verwaltungsakten des Beklagten, die vorlagen und Gegenstand der mÃ⅓ndlichen Verhandlung waren.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Beklagten ist begründet. Das Sozialgericht hat zu Unrecht festgestellt, dass das Augenleiden des Klägers die Gesamt-MdE auf 50 v.H. erhöht.

Streitig ist in der Berufungsinstanz allein noch das AusmaÄ der Gesamtauswirkung der hier in den Bescheiden vom 23. Juli 2001 und vom 9. Mai 2003 anerkannten GesundheitsstĶrungen, durch das auch die HĶhe des Versorgungsanspruchs des

KIägers bestimmt wird. Im Bescheid vom 23. Juli 2001 hatte der Beklagte die GesundheitsstĶrungen des neurologisch-psychiatrischen Fachgebietes mit einer $\hat{a} \square \square$ hier nicht streitbefangenen $\hat{a} \square \square$ MdE von 40 v.H. bewertet. Im Bescheid vom 9. Mai 2003 hat er das Augenleiden als weitere Schäzdigungsfolge anerkannt. Zwar finden sich im Wortlaut des Bescheides vom 9. Mai 2003 keine Angaben über die Höhe der hierdurch bedingten MdE. Der Hinweis im Schriftsatz des Beklagten vom gleichen Tage, dass eine Teil-MdE von 10 v.H. nicht zur ErhĶhung der Gesamt-MdE führe und die anerkannten GrundsÃxtze (vgl. Rdnr. 18 Ziffer 4, S. 31 der Anhaltspunkte fýr die Ãxrztliche GutachtertÃxtigkeit im sozialen EntschĤdigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz â∏ Anhaltspunkte -), wonach nur solche Gesundheitsstörungen bescheidmäÃ∏ig zu erfassen sind, die wenigstens eine MdE von 10 v.H. rechtfertigen, bestÄxtigen den Senat in der Annahme, dass der Beklagte die MdE des Augenleidens mit 10 v.H. einschĤtzt. Diese Bewertung entspricht auch den Vorgaben in den Anhaltspunkten (Ziffer 26.4 S. 66), wonach nach dem Schema von Haase und Steinhorst bei Doppelbildern nur in einigen Blickfeldbereichen, hier laut Gutachten des Prof. Dr. B nach oben und unten, eine MdE von 10 v.H. vorgesehen ist.

Wird â ne wie hier â ne Erwerbsf Äxhigkeit des Versorgungsberechtigten durch mehrere Gesundheitsst Ä ¶rungen beeintr Äxchtigt, ist eine die Gesamtauswirkung der Gesundheitsst Ķrungen zusammenfassende Minderung der Erwerbsf Äxhigkeit festzusetzen.

Ma̸gebend für die Gesamt-MdE-Bildung sind die Auswirkungen der einzelnen FunktionsbeeintrÄxchtigungen in ihrer Gesamtheit unter Berļcksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen zueinander (vgl. Anhaltspunkte, Rdnr. 19, S. 33 ff). Zu beachten ist danach, inwieweit die Auswirkungen der einzelnen GesundheitsstĶrungen voneinander unabhĤngig sind und damit ganz verschiedene Bereiche im Ablauf des tĤglichen Lebens betreffen, ob sich eine GesundheitsstĶrung auf eine andere besonders nachteilig auswirkt, wie weit sich die Auswirkungen der StĶrungen und der hiervon ausgehenden FunktionsbeeintrĤchtigungen überschneiden und dass das AusmaÃ∏ einer FunktionsbeeintrÄxchtigung durch hinzutretende GesundheitsstĶrungen oft gar nicht verstĤrkt wird. Auszugehen ist in der Regel von der FunktionsbeeintrÄxchtigung, die die hĶchste Einzel-MdE bedingt. Es ist zu prýfen, ob und inwieweit eine oder mehrere der übrigen Gesundheitsstörungen das AusmaÃ∏ der Funktionsbeeinträchtigung der Erkrankung mit der hĶchsten MdE verstĤrken. GrundsĤtzlich kĶnnen leichte GesundheitsstĶrungen, die nur eine MdE von 10 v.H. bedingen, nicht zu einer wesentlichen Zunahme des Ausma̸es der Gesamtbeeinträchtigung führen, die bei der Gesamt-MdE berļcksichtigt werden kĶnnen. Auch bei FunktionsbeeintrÄxchtigungen mit einer MdE von 20 v.H. ist es vielfach nicht gerechtfertigt, auf eine wesentliche Zunahme des Ausma̸es der Gesamt-MdE zu schlieÃ⊓en (vgl. Anhaltspunkte, a.a.O. sowie ständige Rechtsprechung des Senats).

Diese GrundsĤtze lassen es nach Auffassung des Senats nicht zu, die Gesamtauswirkungen der hier anerkannten FunktionsbeeintrĤchtigungen mit 50

v.H. zu bewerten. Das Sozialgericht und die von ihm zur Rechtfertigung seiner Beurteilung zitierte AugenĤrztin W im Gutachten vom 9. Januar 2001 sind eindeutig zu einer FehleinschĤtzung gelangt. Da das Augenleiden des KlĤgers unabhĤngig von seinen anerkannten seelischen StĶrungen zu betrachten ist, kann es die Auswirkungen dieser StĶrungen â∏ ungeachtet des ohnehin geringen AusmaÄ∏es des Augenschadens â∏ auch nicht verstĤrken. Schon von daher scheidet eine ErhĶhung der MdE des KlĤgers auf 50 v.H. aus.

Die Feststellung der Frau W in ihrem Gutachten, die Gesamt-MdE des KlĤgers mache 50 v.H. aus, entfaltet keine irgendwie geartete Bindungswirkung. Es ist nicht die eigentliche Aufgabe der Ĥrztlichen SachverstĤndigen, die MdE zu bewerten. Ihre vorrangige Aufgabe ist es, die Gesundheits- und FunktionsstĶrungen zu beschreiben. Die Auswirkungen dieser FunktionsstĶrungen in Beruf, Arbeit und Gesellschaft sind durch die Verwaltung und die Gerichte zu bewerten (vgl. u.a. Urteil des Bundessozialgerichts vom 23. Juni 1993 â∏ 9/9 a RVs 1/92 und in Breithaupt 1993 S. 943, 946).

Das Urteil des Sozialgerichts konnte deshalb keinen Bestand haben, soweit es entschieden hat, dass dem Kläger Versorgungsbezüge nach einer MdE von 50 v.H. ab Juni 1997 zustehen.

Die Kostenentscheidung entspricht dem Ergebnis in der Hauptsache und ergibt sich aus $\frac{\hat{A}\S}{193}$ Sozialgerichtsgesetz -SGG-. Der Senat hat hierbei ber $\tilde{A}\frac{1}{4}$ cksichtigt, dass der Kl \tilde{A} ¤ger mit einem Teil seines Klagebegehrens durch die Anerkennung einer weiteren Sch \tilde{A} ¤digungsfolge, f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die ein Heilbehandlungsanspruch besteht, Erfolg gehabt hat.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r eine Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 SGG}}{160 \text{ Abs. 2 SGG}}$ liegen nicht vor.

Erstellt am: 28.01.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024